



Inhalt

1. Themen, Formate, Didaktik, Zielgruppen	4
1.1 Schwerpunktthemen in der bundesweiten Bildungsarbeit der AKSB	4
1.1.1 Zivilgesellschaft und Partizipation	4
1.1.2 Demokratie und Wahlen	5
1.1.3 Rechtspopulismus	5
1.1.4 Altersarmut	5
1.1.5 Integration und Migration	6
1.1.6 Europa	7
1.1.7 Menschenrechte	7
1.1.8 Digital 2020	8
1.1.9 Nachhaltige Entwicklung und Postwachstumsökonomie	8
1.1.10 Interreligiöse/Interkulturelle Bildung	9
1.1.11 Globalisierung	9
1.2 Bildungsferne Zielgruppen	10
1.3 Didaktik in der AKSB	11
2. AKSB-Strukturen	11
2.1 Fachgruppen und Fachkonferenzen	11
2.2 Projekte	13
2.3 Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung	14
2.4 Geschäftsstelle	14
3. Kooperationen und Netzwerke	16
3.1 „Rio bewegt. Uns.“	16
3.2 Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	16
3.3 Bundesausschuss Politische Bildung (bap)	16
3.4 GEMINI	17
3.5 Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)	17
3.6 KEB Deutschland e.V.	17
4. Anlagen	18
4.1 Kooperation und Interessensvertretung der AKSB	18
4.2 Zuwendungen für katholisch-sozial orientierte politische Bildung 2016/2017	19

Impressum/Bildnachweis 19

Titelbilder Reihe oben: (groß) Gruppenbild des AKSB-Vorstandes mit den Geschäftsführern (v.l.n.r.): 2. Vorsitzender Benedikt Widmaier, Vorsitzender Dr. Michael Reitemeyer, Gunter Geiger, Martina Weishaupt, Rüdiger Paus-Burkard, AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber, Lothar Harles (ehem. Geschäftsführer); (re. o.) Der damalige Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz und Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber (li.) bei der Podiumsdiskussion der Trendtagung „Digital 2020: Arbeitswelt 4.0 nicht ohne Medienbildung!“ in Berlin; Rüdiger Paus-Burkard, AKSB-Vorstandsmitglied (re.), löste bei der KEB-Mitgliederversammlung den AKSB-Vorsitzenden Dr. Michael Reitemeyer als Stellvertretenden Vorsitzenden der KEB Deutschland ab; Titelbilder Reihe mi.: (kl.li.o.) Gruppenbild am Stand von GEMINI beim Jugendhilfetag in Düsseldorf; (kl.li.u.) Matthias Blöcher vom Jugendbildungs- und Freizeitgestaltungsverein der KAB e.V. präsentierte am Stand von GEMINI das Seminarkonzept „Kontraste“ und das Projekt „Abenteuer Stadtteil“ zur Vermittlung von Medienkompetenz aus dem Förderprogramm „Kultur macht stark“; (groß) Didaktische Methode im Einsatz beim Seminar; Titelbilder Reihe u.: (li.) Blick in das Netzwerktreffen beim Projekt „Kulturbotschaft“ im Förderprogramm Kultur macht stark des BMBF; bei dem der Einsatz von Online-Medien im Projekt erprobt wurde; (mi.) Bundeskanzlerin Angela Merkel und Kardinal Rainer Maria Woelki bei der Eröffnung des KSI am neuen Standort in Siegburg; (re.) Gruppenbild bei der Abschlussveranstaltung des Aktionsbündnisses „Rio bewegt. Uns.“



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder in der AKSB!

„Bewahren Sie sich bitte, wenn eben möglich, die nach den Abstürzen unserer Geschichte mühsam errungene Fähigkeit und Bereitschaft, über den Wettbewerb der Parteien und Gruppen hinweg den Konsens der Demokraten gegen Fanatiker und Fundamentalisten für noch wichtiger zu halten“, appellierte Bundestagspräsident Norbert Lammert in seiner letzten Rede vor dem Parlament vor der Bundestagswahl 2017. Mit dieser berechtigten Mahnung spricht er damit aus, was viele Menschen in unserem Land besorgt: dass der Boden für die Verständigung wegbriecht, wenn man die eigene Meinungsblase zur Welt erklärt und die eigene Gruppe zum Volk. In dieser Weltsicht werden Kooperations- und Kompromissfähigkeit bei widerstrebenden Interessen als Schwäche ausgelegt und kurzfristige Stimmungsbilder mit direkter Demokratie verwechselt.

Politische Bildung ist in dieser Zeit kein Allheilmittel. Allzu oft hat man aber in den letzten Wochen gehört, „die Politik müsse sich wieder mehr um die Menschen kümmern“. Politische Bildung hat einen anderen Ansatz: Sie versucht, Möglichkeiten für das eigene Handeln aufzuzeigen, sie macht Mut sich einzumischen, und sie will Solidarität und Miteinander fördern. Der Streit um die Sache gehört dazu, die Offenheit, seine eigene Position zu überdenken ebenfalls. Es braucht Menschen, die entschieden dagegen halten, wo andere herabgewürdigt und bloßgestellt werden. Politische Bildung kann Wege aufzeigen, wie man sich verständigt, wo man mitwirken kann, welche Chancen sich eröffnen. Im Großen wie im Kleinen.

In diesem Jahresbericht 2017 finden Sie für eine solche politische Bildungsarbeit Beispiele aus den Aktivitäten der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB). Dazu haben wir uns im vergangenen Jahr in den Fachgruppen abgestimmt, neue Methoden und Erkenntnisse aus der Kurs- und Projektarbeit besprochen. 2018 werden wir turnusgemäß mit neuen Leitungen in die Fachgruppenlandschaft starten. Als bundesweit und international tätiger Träger der kirchlichen Jugend- und Erwachsenenbildung richten wir den Blick über Deutschland hinaus, eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz gehört zu unserem Grundauftrag.

Nach einem Jahr in der AKSB als Geschäftsführer kann ich für mich sagen: Es war ein guter Anfang und ein guter Übergang zusammen mit dem Vorstand, meinem Vorgänger Lothar Harles und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Geschäftsstelle! Die AKSB lebt aus ihren unterschiedlichen Ansätzen, Methoden und Realitäten. Sie verbindet bundeszentrale Schlüsselthemen. Diese zu identifizieren, ist eine permanente Aufgabe. Mit der 2017 verabschiedeten Neufassung des Papiers zur bundesweiten Zusammenarbeit haben wir eine gute neue Grundlage gelegt. Es gilt nun, sie mit Leben zu füllen!

Allen Partnern und Fördergebern, die uns über das Jahr begleitet haben, danken wir für die Unterstützung und hoffen auch weiterhin auf eine konstruktive Begleitung und gute Zusammenarbeit.

Herzlich grüßt

Ihr Dr. Karl Weber
Geschäftsführer



**Liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Leserinnen und Leser unseres Jahresberichtes,**

ein arbeitsintensives Jahr liegt hinter uns: Die KJP-Reform musste umgesetzt und gleichzeitig der Prozess AKSB 2020 mit notwendigen Umstrukturierungen auf den Weg gebracht werden. Dank der engagierten Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsstelle konnte die KJP-Reform reibungslos umgesetzt und die entsprechenden Richtlinien in den einzelnen Planungsabläufen berücksichtigt werden. Dabei galt es, einerseits die neuen Anforderungen des Kinder- und Jugendplans zu berücksichtigen und andererseits die eigene Verbandsstruktur im Blick zu behalten.

Zum Glück hat der intensive Austausch mit den Infrastrukturstellen und den Fachgruppen ermöglicht, KJP-Reform und AKSB 2020 miteinander zu verbinden. Neben der Teilnahme an den entsprechenden Tagungen haben wir uns besonders der Überarbeitung des AKSB-Merkblatts „Bundesweite Zusammenarbeit in der AKSB“ (BZA) zugewandt. Dabei haben wir im Vorstand schnell gespürt, dass es nicht um eine bloße „To-do-Liste“ geht, sondern das Selbstverständnis der AKSB berührt ist. Manche Schleife zwischen Vorstand, Geschäftsführer, IST-Konferenz und Fachgruppen hat es in diesem Prozess gegeben – das Ergebnis kann sich sehen lassen: Mit der Neufassung kommt der Infrastrukturstellenkonferenz in Zukunft eine besondere Rolle in der bundesweiten Zusammenarbeit der AKSB zu: Gegenstand ihrer Beratung ist – in Anbindung an den Vorstand – die Koordination der gesamten inhaltlichen Arbeit der Fachgruppen sowie die Entwicklung von Projekten. Damit soll das Zusammenspiel zwischen Vorstand, Fachgruppen und Infrastrukturstellen gestärkt werden, das maßgeblich das Gesicht der AKSB prägt.

Nun gilt es, den Blick über 2020 hinweg zu richten und die weiteren Grundlagen für die zukünftige Bildungsarbeit der AKSB zu legen. Die Herausforderungen für die politische Bildung bleiben groß: Der Prozess der Digitalisierung im Arbeitsleben und der Industrie, im Bildungsbereich und im familiären Umfeld fordert uns zusätzlich heraus, Menschen in diesem Themenfeld wertebewusst Orientierung zu geben, neue digitale Entwicklungen kritisch zu hinterfragen und gesellschaftliche Diskurse dazu zu begleiten. Mit unserer Tagungsreihe „Digital 2020“ in Kooperation mit dem Bonifatiushaus Fulda, der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz und der LPR Hessen sind wir da auf dem richtigen Weg.

Auch das Thema „Demokratie“ muss auf der Tagesordnung unserer Bildungsarbeit stehen bleiben. Wir haben mit unserem Fachkolloquium „Wozu Demokratie? Demokratie und Globalisierung“ im Mai in Bonn bereits einen wichtigen Akzent setzen

und eindrucksvoll zeigen können, welche Bedeutung der Frage nach der Notwendigkeit von Demokratie angesichts der Herausforderungen der Weltgemeinschaft zukommt. Demokratie scheint nicht mehr selbstverständlich zu sein und muss immer wieder neu erarbeitet werden. Daran knüpfen wir mit unserer Festakademie Ende November in Berlin an, die gleichzeitig den Rahmen für die Verabschiedung von Lothar Harles bietet. Wir freuen uns als katholisch-soziale Arbeitsgemeinschaft besonders, dass wir Heribert Prantl – Ressortchef Innenpolitik und Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung – als Festredner gewinnen konnten, und erwarten seine Ausführungen zum Thema „Demokratie fällt nicht vom Himmel? Gebrauchsanweisungen für Politische Bildung im Zeitalter der Globalisierung“ mit Spannung.

Weitere große Herausforderung bleibt die finanzielle Förderung unserer Bildungsarbeit durch den öffentlichen Zuschussgeber. Hier müssen wir deutlich machen, dass politische Bildung genuine Aufgabe der Kirche ist und in die Breite der Gesellschaft wirkt.

Bei unserer Jahrestagung werden wir gemeinsam mit der Wissenschaft Handlungsperspektiven für die Politische Bildung innerhalb der AKSB entwickeln. Erneut sollen unsere Konventionen und ihre aktualisierenden Ergänzungen in den Blick genommen und überprüft werden, ob sie zeitgemäße Grundlagen für unsere Bildungsarbeit sind.

Bei all diesen Projekten, Veranstaltungen und strategischen Überlegungen hat unser neuer ASKB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber bereits seine eigene gestaltende Handschrift erkennen lassen und voller Elan für deren reibungslose und erfolgreiche Umsetzung gesorgt.

Lothar Harles danke ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich für sein beeindruckendes Engagement als langjähriger Geschäftsführer der AKSB in der Vermittlung demokratischer Werte in nationaler und internationaler Bildungsarbeit. Umso mehr freut es mich, dass diese wertvolle Arbeit nun eine besondere Würdigung durch eine Festschrift beim Wochenschau Verlag erfährt, die wir – Vorstand und AKSB-Geschäftsstelle – aus Anlass des 65. Geburtstages von Lothar Harles und seiner Verabschiedung aktuell herausgeben können. Ich bin beeindruckt von der Vielfalt der Beiträge zur Geschichte und Aktualität von politischer Bildung und ihren Impulsen zum Thema „Politische Bildung stärken – Demokratie fördern“.

Herzlich danke ich für die gute Zusammenarbeit im Vorstand, mit der Geschäftsstelle und mit Ihnen allen! Ich bin sehr dankbar für die zurückliegende Zeit, in der ich die Zukunft der AKSB als Vorsitzender mitgestalten durfte und wünsche meinem Nachfolger bei den anstehenden Aufgaben alles erdenklich Gute und eine glückliche Hand!

Ihr
Dr. Michael Reitemeyer
Vorsitzender des AKSB e.V.

>>> 1. Themen, Formate, Didaktik, Zielgruppen

Zivilgesellschaft und Partizipation Statement von Dr. Andrea Keller, St. Jakobushaus Goslar, Leitung der Fachgruppe III:

„In der heutigen Zeit fühlen sich viele Menschen ohnmächtig gegenüber den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen und sie zu befähigen, sich in der Gesellschaft einzubringen. Nur so kann aus Unzufriedenheit ein konstruktiv gestaltetes Miteinander werden. Die AKSB setzt sich mit vielfältigen Angeboten für unterschiedliche Zielgruppen für dieses Ziel ein.“



Die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) organisiert gemäß ihrem satzungsgemäßen Auftrag und unter Beachtung ihres Leitbildes, das in der „Konvention über katholisch-sozial orientierte politische Jugend- und Erwachsenenbildung“ (1998) und den aktualisierenden Ergänzungen von 2009 dargestellt ist, als katholische Fachorganisation politischer Bildung die bundesweite Zusammenarbeit ihrer Mitgliedseinrichtungen u.a. mit dem Ziel des Austausches, der Ergebnissicherung, Qualitäts- und Projektentwicklung katholisch-sozial orientierter politischer Bildung. Sie leistet damit einen Beitrag zur bundesweiten Vernetzung und Nachhaltigkeit katholisch-sozialer Bildungsarbeit und zur Fortentwicklung der Professionalität politischer Jugend- und Erwachsenenbildung. Gleichzeitig schafft sie dadurch die Voraussetzungen für einen trägerübergreifenden Diskurs auf Bundesebene.

1.1 Schwerpunktthemen in der bundesweiten Bildungsarbeit der AKSB

Herzstück dieser bundesweiten Zusammenarbeit ist die Bildungsarbeit der Fachgruppen: Die Fachgruppen der AKSB sind Orte des regelmäßigen inhaltlichen Austauschs unter den pädagogischen Verantwortlichen aus der AKSB-Mitgliedschaft. Hier werden zentrale Themen aus Sicht der christlichen Sozialethik und politischer Bildung mit bundesweiter und internationaler Perspektive diskutiert. Im Folgenden werden die thematischen Schwerpunktsetzungen in den Fachgruppen im Berichtsjahr beschrieben.

Stärkung der Demokratie bleibt wichtiges Anliegen der AKSB: Blick in eine Arbeitsphase beim Projekt „Jugendwahl“ der Akademie Klausenhof.

1.1.1 Zivilgesellschaft und Partizipation

In einer Zeit, in der Parteien Erfolg haben, die unterstellen, Politik würde nur von „denen da oben“ gemacht, ist das Thema „Zivilgesellschaft und Partizipation“ für die politische Bildung von besonderer Bedeutung. Es gilt, den Bürger/-innen die Erfahrung zu vermitteln, dass sie sich auf vielfältige Weise in die Gesellschaft einbringen können.

Die Fachgruppe III „Gesellschaft im Wandel: Trends – Themen – Tools“ der AKSB widmete sich diesem Thema bisher unter folgendem Blickwinkel: Wie hängen soziale Ungleichheit und Partizipation miteinander zusammen? Wie können wir besonders sozial benachteiligte Menschen zur Partizipation motivieren? Wie lassen sich Seminare möglichst partizipativ gestalten? Die Fachgruppe prüfte unter anderem verschiedene Methoden, wie gut sie die Teilnehmenden aktivieren, sich selbst einzubringen.

Innerhalb der AKSB-Bildungsarbeit hat das Thema einen besonderen Stellenwert. Dies gilt vor allem für die politische Bildung junger Menschen. Sie sollen erfahren, dass sich der Einsatz für gesellschaftliche Belange und Werte lohnt. Dies wird unter anderem dadurch erreicht, dass die Seminare selbst partizipativ gestaltet werden. Plan- und Rollenspiele sowie vielfältige Kommunikations- und Kooperationsmethoden sind die Regel. Weitere Zielgruppen sind unter anderem Migrant/-innen und Multiplikatoren der Zivilgesellschaft.

Das Themenfeld wird immer aktuell bleiben, da es um die Grundvoraussetzungen der Demokratie geht. Eine besondere Herausforderung besteht in der Arbeit mit Migrant/-innen, die unsere Möglichkeiten der Partizipation noch nicht kennen. Im Sinne einer gelingenden Integration sind auf diesem Feld weiterhin besondere Anstrengungen nötig.



1.1.2 Demokratie und Wahlen

Kurse zu den Themenfeldern „Demokratie“ und „Wahlen“ gehören zum Kerngebiet der katholisch-sozial orientierten politischen Bildung. Dabei dominieren Veranstaltungen, die „Demokratie“ in Verbindung setzen mit politischer Kultur und mit kritischem Blick aktuelle Entwicklungen analysierten. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 fanden im Sommer und Frühherbst einige besondere Formate statt, die verständlicher Weise nur in Wahljahren angeboten werden. Methodisch interessant sind Angebote, die eine inklusive Zielrichtung verfolgen, wie beispielsweise der Workshop „Wie geht Wählen?“ in leicht verständlicher Sprache (CPH Nürnberg) oder „Wahlen inklusive“ (LWH Lingen). Mit ähnlichen Angeboten könnten sich durchaus noch andere AKSB-Einrichtungen engagieren.

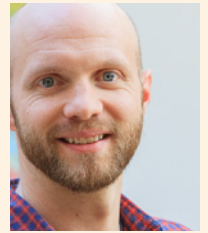
Im AKSB-Kolloquium „Wozu Demokratie? Demokratie und Globalisierung“ im Mai 2017 fand eine intensive Auseinandersetzung mit dem aktuellen Zustand der Demokratie in den verschiedenen Staaten dieser Welt statt. Zu dem Kolloquium hatte die AKSB anlässlich des 65. Geburtstages ihres langjährigen Geschäftsführers Lothar Harles eingeladen, dem die Vermittlung demokratischer Werte in neuen globalen Kontexten ein großes Anliegen war. „Demokratie darf nicht zur Worthülse von Parteien werden, sondern muss im Herzen der Gesellschaft verankert werden“ – das gelte angesichts einer „unvollendeten Globalisierung“ und für Europa. Diese Feststellung stand im Zentrum des Hauptvortrages von Prof. Dr. Ludger Kühnhardt, Bonner Politikwissenschaftlicher und Direktor am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI). Weitere Impulse zu der Fragestellung des Symposiums kamen im Anschluss an den Vortrag von Lothar Harles, AKSB, Barbara Menke, Vorsitzende des Bundesausschusses Politische Bildung und Dr. Jörn Gravingholt vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Alle Beiträge ließen deutlich werden, dass die Demokratie an vielen Orten dieser Welt und auch hier in Europa gefährdet ist. AKSB-Vorsitzender Dr. Michael Reitemeyer und Geschäftsführer Dr. Karl Weber waren sich daher einig, dass die politischen Bildungsangebote die demokratische Idee vom Kopf in das Herz der Menschen transportieren müssen.

1.1.3 Rechtspopulismus

Mit der Bundestagswahl gibt es eine neue Parteienlandschaft, die im neuen Bundestag vertreten ist: Die rechtspopulistische AfD ist in Fraktionsstärke vertreten. Wie im Bundestagswahlkampf besetzt sie auch jetzt ihre Kernthemen. Das Wesen der AfD und der angemessene Umgang mit dem, was gegenwärtig als „Rechtspopulismus“ bezeichnet wird, waren bereits vor der Bundestagswahl und erst recht danach konkrete Themen von Bildungsveranstaltungen in der AKSB. Andererseits ringt die politische Bildung angesichts des Beutelsbacher Kon-

Rechtspopulismus und Menschenrechte Statement von Martin Stammler, Caritas-Pirckheimer-Haus Nürnberg, Leitung Fachgruppe I:

„Im Umgang mit ausgrenzenden Haltungen fühlen sich viele zunächst hilflos. Sich mit rechtsextremer Agitation auseinanderzusetzen, kostet Kraft, Zeit und manchmal auch Mut. In der politischen Bildung sollten wir Hilfestellung leisten: Foren für den Austausch schaffen und moderieren, Themen, Formate und Methoden wählen, die Aufklärung und Perspektivwechsel leisten - aber auch selbst eine klare Haltung einnehmen. Helfen können dabei die Menschenrechte. In Nürnberg sehen wir mit dem Menschenrechtsfilmfestival, der Verleihung des Menschenrechtspreises und der Erinnerungsarbeit an die NS-Historie der Stadt immer wieder auf's Neue, wie facettenreich das Thema nicht nur im Bildungskontext aufzueckt. Auch die katholisch-sozial orientierte politische Bildung ist gut beraten, die Menschenrechte noch stärker in den Fokus zu nehmen.“



sens gleichermaßen mit der Antwort auf die Frage, wie die AfD im Rahmen von Bildungsmodulen thematisiert wird. Diskutieren wir über die AfD oder mit ihr? Müssen ihre Vertreter/-innen auf unseren Veranstaltungen zu Wort kommen oder dürfen wir ihrem Populismus und ihrer menschenverachtenden Aussagen keine Bühne bieten? Diese Fragestellungen waren auch Gegenstand einer eigens gestalteten Einheit am gemeinsamen Abend der Fachgruppen im September 2017.

Die Fachgruppe I „Politik - Menschenrechte – Medien“ hat sich vor allem bei ihrer September-Tagung mit rechtspopulistischen Parteien in Europa auseinandergesetzt, um die Erkenntnisse für die eigene politische Bildungsarbeit fruchtbar machen zu können.

In der AKSB wurden im Berichtszeitraum 17 Veranstaltungen in diesem Bereich durchgeführt. Thematisch bewegten sich diese zwischen Erinnerungsarbeit zum Nationalsozialismus und zur deutschen Teilung über autoritäre und rechtsextreme Bewegungen weltweit bis hin zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Perspektiven auf Diversität in Deutschland.

Die erreichten Zielgruppen waren zum einen Jugendliche, auch mit internationalem Fokus (Deutsch-israelischer Austausch), interessierte Erwachsenengruppen und Multiplikator/-innen.

Die Formate für Erwachsene orientierten sich eher an klassischer Methodik – Fachvorträge, Gruppendiskussionen und Workshops. Bei Exkursionen wurden zudem Führungen und Fachgespräche organisiert. Bei den Jugendseminaren wurde vielfach auf Methoden zurück gegriffen, die den Teilnehmenden unter anderem kreative Entfaltung und Perspektivwechsel ermöglichte.

1.1.4 Altersarmut

Im Themenfeld „Arbeit und Soziales“, angesiedelt bei der Fachgruppe II „Arbeit – Bildung – Soziales“, ist die

Altersarmut

Statement von Wilfried Wienen, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V. (KAB), Köln, Leitung Fachgruppe II II:

„Gemessen an den öffentlichen Debatten über Armutsfragen und in Hinblick auf die Bedeutung für die Fragen sozialer Polarisierung ist die Anzahl der Veranstaltungen zum Thema ‚Armut‘ in der politischen Bildung zu gering. Häufig wird Armut noch als isoliertes Thema betrachtet. Armut wird in der sozialen Unterschicht verortet. Dabei wird übersehen, dass die Armutsfrage längst in der Mitte der Gesellschaft ihre Wirkung zeigt. Neu betrachtet werden muss also das wechselseitige Verhältnis von Arbeitsmarktentwicklungen und sozialstaatlicher Verantwortung. Für die politische Bildung sind Fragen des Sozialstaates, dessen Begründung, dessen Aufgaben und dessen Zukunft bedeutend.“



Kategorie „soziale Gerechtigkeit“ eine durchgängige Perspektive. In diesem Kontext gehört das Thema „Armut“ zur Themenpalette der Seminare und Tagungen, die in der AKSB durchgeführt werden. Die Thematisierung der Armutsfrage ist nicht verwunderlich, gibt es doch in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion sowie in der medialen Öffentlichkeit eine periodische Konjunktur des Themas „Armut“. In Seminaren und Tagungen wurde festgestellt, dass die Verhinderung der Armut politisch nicht umstritten ist, sehr wohl aber die Frage, wann Armut vorliegt und mit welchen Maßnahmen Armut zu bekämpfen ist. Generell ist Armut eine Mangelversorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen. Unterschieden wird zwischen einer absoluten Armut, die die physische Existenz bedroht, und einer relativen Armut, die sich in der Regel in Beziehung zum durchschnittlichen Einkommen definiert. In den europäischen Ländern wird ein relativer Armutsbegriff verwendet. So wird auch im „Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ die zwischen den EU-Mitgliedsstaaten vereinbarte Definition einer „Armutrisikoquote“ verwendet. Sie bezeichnet den Anteil der Personen in Haushalten, deren „bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“ weniger als 60% des Mittelwerts (Median) aller Personen beträgt.

In Deutschland spielte im Jahre 2017 das Thema „Altersarmut“, z.B. im Vorfeld der Bundestagswahl eine besondere Rolle. Seminare und Tagungen griffen dieses

Thema auf. Beispielhaft ist ein Seminar zum Thema „Der letzte Rest? Armut im Alter. Oder: Vom Überleben nach der Erwerbsarbeit“ zu nennen, das im Haus am Maiberg in Heppenheim durchgeführt wurde. Betrachtet man beim Thema „Altersarmut“ die Ursachen, dann wird deutlich, dass ein Zusammenhang hergestellt werden muss zwischen dem Anwachsen prekärer Arbeitsverhältnisse, der Ausweitung von Niedriglohnssektoren und der Rentenpolitik. Niedrige Renten aufgrund von unterbrochenen Erwerbsbiografien sind längst kein Phänomen, das nur Frauen betrifft. In der gesetzlichen Rente ist eine stetiges Absenkung bis zum einem Niveau von 43 % vereinbart. Die zunehmende Digitalisierung von Arbeitsabläufen in der Industrie und in den Verwaltungsbereichen werden weitere Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in prekäre Arbeitsverhältnisse drängen.

Gemessen an den öffentlichen Debatten über Armutsfragen und in Hinblick auf die Bedeutung für Fragen sozialer Polarisierung, ist die Anzahl der Veranstaltungen zum Thema „Armut“ in der politischen Bildung zu gering. Häufig wird Armut noch als isoliertes Thema betrachtet. Armut wird in der sozialen Unterschicht verortet. Dabei wird übersehen, dass die Armutsfrage längst in der Mitte der Gesellschaft ihre Wirkung zeigt. Hinzu kommen Ängste vor dem sozialen Abstieg bei großen Bevölkerungsgruppen. Daher ist der Bezug zum Armutsthema nicht nur in Fragen der sozialen Sicherung und in der Rentenpolitik zu suchen, sondern in sämtlichen Politikfeldern, die mit der Organisation der Erwerbsarbeit befasst sind, in der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Unternehmenspolitik. Neu betrachtet werden muss das wechselseitige Verhältnis von Arbeitsmarktentwicklungen und sozialstaatlicher Verantwortung. Für die politische Bildung sind Fragen des Sozialstaates, dessen Begründung, dessen Aufgaben und dessen Zukunft bedeutend. Mit den Stichworten „Bildungschancen“ und „Partizipationsmöglichkeiten“, die in einem direkten Verhältnis zur Armutsthematik stehen, ist gleichzeitig das demokratische Selbstverständnis einer Gesellschaft angefragt.

1.1.5 Integration und Migration

Das Thema wird in der gesamten Gesellschaft sehr oft und dabei in sehr unterschiedlicher Ausprägung diskutiert: von der Meinung „Wir schaffen das“ über die Forderung nach einer Begrenzung der Einwanderung in Form von Flüchtlingskontingenten bis hin zur Ansicht „Unser Land gehört uns“. Das Thema ist in allen Medien präsent: in den klassischen Printmedien wie Tages- und Wochenzeitung, Zeitschriften, Fernsehtalkshows und in den sozialen Netzwerken. Die diesjährige Bundestagswahl hat das Thema zusätzlich in die Öffentlichkeit gebracht – die AfD hat es zur dritt stärksten Partei im Bundestag geschafft. Die Relevanz des Themas wird dadurch eklatant deutlich – ein Dauerbrenner für die politische Bildung in den nächsten Jahren. Demokratische Grundprinzipien, Normen und

Migration und Flüchtlinge

Statement von Dr. Ulrike Buschmeier, KSI Siegburg, Leitung der Fachgruppe III:

„Deutschland ist ein Einwanderungsland und wird es in den nächsten Jahren vermutlich bleiben. Die Integration von Einwanderern – egal aus welchen Ländern und mit welchen Beweggründen die Menschen kommen – ist eine sehr komplexe Aufgabe. Sie muss sich auf alle Lebensbereiche beziehen: Sprache, Bildung, Beruf und Arbeit, Familie, demokratische Normen und Werte. Die Integrationsbemühungen dürfen sich nicht nur an die Einwanderer selbst richten, sie müssen alle Bevölkerungsgruppen erreichen. Politische Bildung sollte verstärkt auf Formate setzen, die die Dialogbereitschaft und -fähigkeit aller Gruppen zu dieser Thematik fördert.“



Werte der Demokratie müssen allen Zielgruppen immer wieder deutlich gemacht werden.

Die AKSB bietet ein breites Themenspektrum an: z.B. Orientierungsformate für Neuankömmlinge. Die Veranstalter ermuntern z. B. junge Migrant/-innen einen Lebensentwurf in der neuen Heimat zu entwickeln, ermuntern ganze Familien, ihre Rollenerwartungen und -anforderungen, z.B. als Vater oder Mutter in der neuen Heimat Deutschland zu definieren, diskutieren auf Fachtagungen (z.B. „Europäische Flüchtlingspolitik in der Sackgasse?“) und veranstalten interkulturelle Trainings für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit.

Methodisch kann die AKSB dabei auf einen breiten Mix zurückgreifen – zielgruppenspezifisch werden unterschiedliche Methoden der Information, Aktivierung und Partizipation angeboten.

Integration findet nicht von selbst statt – hier hat die AKSB die Aufgabe, innovative Formate politischer Bildung zu entwickeln – nicht nur für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, sondern gemeinsam mit Vertreter/-innen aller Zielgruppen. Einen Beitrag dazu leistet das neue Projekt „Empowered by Democracy“ des Bundesausschuss Politische Bildung (bap e.V.), in dem die AKSB mitwirkt. (siehe Seite 13)

1.1.6 Europa

Die europäische Flüchtlingspolitik, die Außengrenzen Europas und der Umgang mit Geflüchteten waren auch 2017 das bestimmende Thema in Europa. Daneben wurde jedoch noch andere Themen öffentlich stark diskutiert, die zumindest teilweise im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage stehen: die Erstarkung von rechtspopulistischen Parteien in vielen europäischen Ländern und die Folgen der britischen Entscheidung für den sogenannten BREXIT. Alle diese Themen hatten zur Folge, dass über die Zukunft Europas wieder verstärkt grundsätzlich diskutiert wurde.

Dies spiegelte sich auch in der Fachgruppe I „Politik. Menschenrechte. Medien“ wieder, die „Europa“ als Schwerpunktthema für 2017/2018 gewählt hatte. Diskutiert wurden Entwicklungsperspektiven für die EU und rechtspopulistische Strategien.

In der AKSB haben Veranstaltungen, die Europa explizit als Thema haben oder Europa zumindest aufgreifen, leicht zugenommen (ca. 20 Veranstaltungen). Die Kurse und Seminare richten sich überwiegend an Jugendliche, u.a. wird auch das Format einer internationalen Begegnung genutzt. Auffällig ist, dass hier die Methode „Zukunftswerkstatt“ verstärkt eingesetzt wird, offenbar mit dem Ziel, dass die jugendlichen Teilnehmenden eigene Visionen und Vorstellungen in einem möglichst offenen Prozess entwi-

Europa

Statement von Kai Stenull, Akademie Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen, Leitung Fachgruppe I:

„Europa wird in der Öffentlichkeit wieder verstärkt diskutiert und offenbar sind auch jüngere Menschen wieder bereit, für die ‚Idee Europa‘ auf die Straße zu gehen. Das Jahr 2017 war unter anderem auch das Jahr, in der die proeuropäische Bewegung ‚Pulse of Europe‘ von sich Reden machte. Gegründet in Frankfurt, breitete sich die Bewegung zuerst in Deutschland, dann in anderen europäischen Ländern aus. Zu ihrem Höhepunkt im Juni 2017 fanden Kundgebungen in 126 Städten statt. Auch wenn die Forderungen ‚Pulse of Europe‘ nicht sehr spezifisch sind, bleibt zu hoffen, dass diese Bewegungen sich weiterentwickelt, die Entwicklungen auf europäischer Ebene positiv begleitet und als Gegengewicht gegen die nationalistischen Tendenzen wirkt.“



ckeln können. In der Erwachsenenbildung wird oftmals mit einem länderspezifischen Fokus gearbeitet (auch hier wieder das Thema „BREXIT“), oder die Zielgruppe ist ein Fachpublikum, wie zum Beispiel die Hohenheimer Tage zum Migrationsrecht mit dem Titel „Europäische Flüchtlingspolitik in der Sackgasse“.

1.1.7 Menschenrechte

Der Begriff der Menschenrechte also solches scheint an Konjunktur in letzter Zeit etwas verloren zu haben. Inhaltlich sind die Menschenrechte aber mehr denn je Kern gesellschaftlicher Debatten und damit vielfach diskutierter Reibungspunkt politischer und alltäglicher Entscheidungen, sei es beim Umgang mit Geflüchteten in Deutschland und Europa, bei der Einschränkung von Grundrechten in demokratischen Staaten durch ihre autoritären Regierungen oder beim Füllen des Einkaufskorbs im Supermarkt.

Die Fachgruppe I „Politik - Menschenrechte – Medien“ hat sich im Berichtszeitraum nur als Querschnittsthema mit den Menschenrechten beschäftigt, etwa bei den Themen der europäischen Flüchtlingspolitik oder Rechtspopulismus in Europa.

Im eingangs skizzierten Themenfeld bewegen sich letztlich auch die elf Veranstaltungen im Berichtszeitraum. Die Grenzen der Meinungsfreiheit am Beispiel von Karikaturen werden untersucht und die europäische Flüchtlingspolitik sowie der Menschenrechtsschutz und der Einfluss von Nicht-Regierungsorganisationen in Osteuropa analysiert. Konkrete Handlungsfelder auf regionaler Ebene kristallisieren sich mehrmals bei den Veranstaltungen zu globaler Gerechtigkeit heraus.

Erreicht wurden bei den Formaten interessierte Erwachsene, Ehrenamtliche, Multiplikator/-innen und Jugendliche. Workshops und Vorträge von Expert/-innen aus Wissenschaft, Praxis und Politik bestimmten die Methodik der Fachtagungen und die Seminare der Erwachsenenbildung. Mehr kleingruppiger Meinungsaustausch, Kreativphasen



Gruppenbild mit den Kooperationspartnern und Referenten der Tagungsreihe „Digital 2020“ im Jahr 2017

(v.l.n.r.): Lothar Harles (ehemaliger AKSB-Geschäftsführer), Daniel Poli (JJAB), Joachim Becker (LPR Hessen), Konrad Lischka (Bertelsmann Stiftung), Sandra Bischoff (LPR Hessen), Ralf Gülden-zopf (Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.), Gunter Geiger (Bonifatiushaus), Prof. Andreas Büsch (Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz), Dr. Karl Weber (AKSB-Geschäftsführer), Peter Holnick (MUK Hessen).

und Mitmach-Methoden waren bei den Jugendbildungsseminaren im Einsatz.

1.1.8 Digital 2020

Wichtige bundesweite Akzente konnten im Berichtsjahr in den Themenfeldern „Digitale Bildung“ und „Digitale Gesellschaft“ mit der Tagungsreihe „Digital 2020“ gesetzt werden, in der gemeinsam mit Wissenschaft, Politik und Wirtschaft die Entwicklung der digitalen Gesellschaft kritisch verfolgt werden. Die Tagungen in dieser Reihe wurden von der AKSB in Kooperation mit dem Bonifatiushaus Fulda, der Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz, der LPR Hessen – Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien und dem MUK Hessen – Institut für Medienpädagogik durchgeführt.

Mit der Trendtagung „Digital 2020: Arbeitswelt 4.0 nicht ohne Medienbildung!“ im November 2016 in der Katholischen Akademie in Berlin diskutierten die Teilnehmenden gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik – u.a. Ulrich Kelber, Bundestagsabgeordneter und zu diesem Zeitpunkt Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz – die zukünftige digitale Arbeitswelt. In Zukunft werden in der Arbeitswelt nicht nur fachspezifische Fähigkeiten gefragt sein, sondern auch ganzheitliches und vernetztes Denken. Dazu sei eine weitreichende Investition in den Bildungsstandort Deutschland im Bereich der Medi-

enkompetenz erforderlich. Grundlage für Arbeit 4.0 könne nur eine Bildung 4.0 sein, die auch den Bereich der Informatik mitumfasse. In diesen Aussagen waren sich die Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bildung einig. Auf die Fragen „Wie wird die digitale Arbeitswelt in Zukunft aussehen und welche Kompetenzen werden in Zukunft erforderlich sein?“ konnte jedoch keine Antwort gegeben werden. Eindeutige Studien liegen hierzu noch nicht vor oder sind umstritten.

Mit den Auswirkungen von Verschwörungstheorien, Algorithmen, Social Bots und Fake News beschäftigte sich die Fachtagung „Digital 2020: Werte und politische Kommunikation im Internet“ am 8. und 9. März 2017 im Bonifatiushaus, Fulda. Über 50 Expert/-innen aus Meinungsforschung, Bildung, Medienpädagogik, Politik und Wissenschaft diskutierten unter der Leitfrage „Meinungsmache oder Einladung zur Partizipation?“ über ethische Aspekte der Kommunikation in digitalen Medien und über mögliche Auswirkungen im Wahljahr 2017. Wichtige Erkenntnisse waren: Das Internet ist hinter dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen und den Tageszeitungen in der Gesamtbevölkerung nur die drittgrößte Informationsquelle und besitzt in der Bevölkerung eine geringere Glaubwürdigkeit als öffentlich-rechtliche Medien und die Tagespresse. Die Frage, ob das Internet tatsächlich politische und gesellschaftliche Diskurse verändere, wurde verneint, das Klima im Netz „sei aber rauer geworden“.

Die Tagungsreihe wird am 23. und 24. Mai 2018 im Bonifatiushaus in Fulda mit der Fachtagung „Digital 2020: Wer hat uns im Griff? Freiheit und Selbstbestimmung vs. Algorithmen und künstliche Intelligenz“ fortgesetzt.

1.1.9 Nachhaltige Entwicklung und Postwachstumsökonomie

Die Themen „Nachhaltige Entwicklung und Postwachstumsökonomie“ rückten durch die UN-Konferenz zur Festlegung der globalen Entwicklungsziele für 2030 (Sustainable Development Goals, kurz: SDGs) im September 2015 in New York und der UN-Klimakonferenz im Dezember 2015 in Paris stark in den Fokus des gesell-

Nachhaltige Entwicklung und Postwachstumsökonomie

Statement von Robert Kläsener, Kommende Dortmund, Leitung Fachgruppe II:

„Auch wenn die Sustainable Development Goals und die damit verbundenen Themen der Nachhaltigen Entwicklung und Postwachstumsökonomie in den vergangenen Monaten nicht mehr in der breiten Öffentlichkeit diskutiert wurden, bleiben sie von globaler Bedeutung. Insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender Nationalisierungstendenzen und der Abkehr von den Zielen des Pariser Klimaabkommens durch Donald Trump bieten die globalen UN-Entwicklungsziele für 2030 eine wichtige Orientierung, um die Grundlagen für ein globales Zusammenleben zu schaffen.“



schaftlichen Diskurses. Auch die Sozialzyklika „Laudato Si“ mit ihrer Forderung nach einer „ganzheitlichen Ökologie“ (LS 10), trug zur gesellschaftlichen Wahrnehmung der Themen bei. Seit 2015 sind die Themen jedoch im gesellschaftlichen Diskurs immer mehr in den Hintergrund getreten. Entgegen dem gesellschaftlichen Trend beschäftigte sich die Fachgruppe II „Arbeit – Bildung – Soziales“ im Rahmen ihrer Auseinandersetzung mit der Sozialzyklika „Laudato Si“ im Herbst 2016 und im Frühjahr 2017 intensiv mit beiden Themen.

In der Bildungsarbeit von Akademien, Bildungshäusern und Bildungswerken, die in der AKSB tätig sind, werden die Themen „Nachhaltige Entwicklung und Postwachstumsökonomie“ vor allem in Seminaren und Vortragsveranstaltungen zur Entwicklungspolitik und zum Klimawandel thematisiert. Eine dezidierte Auseinandersetzung mit den SDGs oder dem Thema Postwachstumsökonomie fehlt bisher leider in der politischen Bildungsarbeit der AKSB-Mitglieder. Dabei sind beide Themen insbesondere vor dem Hintergrund der Forderungen von Papst Franziskus mit seiner Sozialzyklika „Laudato Si“ von (global-)gesellschaftlicher Relevanz. Infolgedessen sollte katholisch-sozial orientierte politische Bildungsarbeit in der AKSB diese Herausforderung zukünftig annehmen und den Themen „Nachhaltige Entwicklung (SDGs) und Postwachstumsökonomie“ einen größeren Stellenwert in ihrer Arbeit einräumen.

1.1.10 Interreligiöse/Interkulturelle Bildung

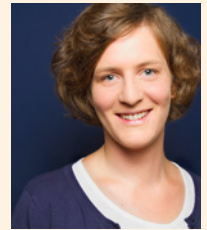
Die Einwanderung von Migrant/-innen und vor allem die Ankunft der Geflüchteten in den vergangenen Jahren, haben dazu geführt, dass die kulturelle und religiöse Landschaft Deutschlands noch vielfältiger als zuvor geworden ist. Das Miteinander in einer pluralistischen Gesellschaft kann jedoch nur dann gelingen, wenn interkulturelle und interreligiöse Räume geschaffen werden, die Begegnungen und das gegenseitige Kennenlernen ermöglichen. Dazu ist Bildung in interkulturellen und interreligiösen Kompetenzen wie die Reflexion der eigenen Haltung, der Umgang mit Fremdheit, Stereotypen und Vorurteilen oder wertschätzende Kommunikation trotz Unterschieden dringend vonnöten.

Die Mitgliedseinrichtungen der AKSB sind dieser Herausforderung auf unterschiedliche Weise begegnet. So gab es beispielsweise Informationsseminare, die sich mit verschiedenen Weltreligionen – ein Schwerpunkt lag dabei auf dem Islam – auseinandersetzen und dabei auch das friedensstiftende Potential der Religionen und des interreligiösen Dialogs thematisierten. Ein weiterer Schwerpunkt der Bildungsarbeit waren praxisnahe Fortbildungen in interkulturellen Kompetenzen für Erzieher/-innen, Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit und andere Multiplikator/-innen. Hinzu kamen Seminare des interkulturellen Lernens für Jugendliche und Familien. Hier wurden vor allem Fragen und Möglichkeiten des

Interreligiöse/Interkulturelle Bildung

Statement von Dr. Theresa Beilschmidt, St. Jakobus-haus Goslar, Poolstelle didado.

„Katholisch‘ in seinem ursprünglichen Wortsinn bedeutet auch, offen zu sein für Neuankömmlinge und diese in die Gemeinschaft aufzunehmen. Es ist Aufgabe der katholisch-sozialen politischen Bildung, durch ihre Arbeit deutlich zu machen, dass Einwanderung und Pluralisierung keine Gefahr bedeuten, sondern auf der Basis gemeinsamer Werte eine Bereicherung für Kirche und Gesellschaft darstellen. In Zeiten von gesellschaftlichen Krisen, Umbrüchen und wachsenden Ängsten ist es mehr denn je notwendig, das positive Potential eines friedlichen Zusammenlebens in Vielfalt herauszustellen und Menschen dazu zu ermuntern, einander auf Augenhöhe zu begegnen. Dazu kann die AKSB mit ihren Kompetenzen in Wertebildung und -vermittlung einen wichtigen Beitrag leisten.“



Zusammenlebens verschiedener Kulturen besprochen und mit handlungsorientierten Methoden erprobt. Zahlenmäßig weniger vertreten waren Seminare, die sich an Einwanderer selbst richteten. Einzelne Seminare führten Jugendliche mit Migrationsgeschichte in gesellschaftliche Themen in Deutschland, also auch in das interkulturelle Miteinander ein. In der Zukunft wird es wichtig sein, mehr Angebote der politischen Bildung an die Neuankömmlinge selbst zu richten. Dies möchte die AKSB mit ihrer Beteiligung am Projekt „Empowered by Democracy“. Dabei gilt es, noch mehr auf gemeinsame Seminare zu setzen und Begegnung zu ermöglichen, hat es sich doch gezeigt, dass gerade der persönliche Austausch dabei hilft, auf beiden Seiten Vorurteile ab- und gegenseitigen Respekt aufzubauen.

1.1.11 Globalisierung

Globalisierung ist eines der politisch wirkungsvollsten Streitwörter unserer Zeit. Bewusste und unbewusste Fehlinterpretationen führen oftmals zu Ängsten, Verunsicherung und dem Gefühl von Machtlosigkeit. Dabei geht es um die Frage, wie in einer globalisierten Welt in Zeiten von wachsender Ungleichheit, Flucht und Migration Klimawandel und Digitalisierung im Interesse aller Menschen gestaltet werden kann. Die Weltgemeinschaft hat sich mit der Agenda 2030 und den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) auf einen nachhaltigeren Weg in die Zukunft aufgemacht.

Globalisierung

Statement von Melanie Gehenzig, Haus Wasserburg Vallendar, AKSB-Poolstelle „didado“:

„Besonders in Zeiten, in denen das Vertrauen in demokratische Institutionen wankt, globale Herausforderungen drängen und politische Partizipationsmöglichkeiten unattraktiv erscheinen, ist politische Bildung mehr denn je aufgefördert, zur Mitgestaltung gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen auf allen Ebenen zu befähigen und zu motivieren. Die Didaktik politischer Bildung kann hier dazu beitragen, Erfahrungen von Wirksamkeit und passende Mitgestaltungsmöglichkeiten zu vermitteln.“





Im Fokus der AKSB-Bildungsarbeit bei der gemeinsamen Fachtagung mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS): Benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Das Prinzip einer nachhaltigen Entwicklung innerhalb planetarer Grenzen und unter Anerkennung der Menschenrechte kann eine Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung sein. Die Didaktik der politischen Bildungsarbeit hat in diesem Kontext die Möglichkeit und Aufgabe, einen gemeinsamen Lernprozess zu den Auswirkungen der Globalisierung in Gang zu setzen, einen Perspektivwechsel einzuüben und auch im Bereich der nachhaltigen Entwicklung nicht nur Optionen individueller Verhaltensänderung, sondern auch demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

In den Kursen der Mitgliedseinrichtungen wie auch in der Arbeit der Fachgruppen wurden sowohl die Risiken und Verantwortung von Globalisierung als auch Beispiele für einen gelungenen Umgang mit der Globalisierung sowie Bausteine einer zukunftsfähigen und friedlichen Bewältigung globaler Herausforderungen aufgezeigt.

1.2 Bildungserne Zielgruppen

Über den richtigen Umgang mit der Zielgruppe der bildungsbenachteiligten Jugendlichen wird aktuell heftig diskutiert. Die AKSB widmet sich dieser Zielgruppe bereits seit vielen Jahren intensiv mit ihren Bildungsangeboten. Bildungsbenachteiligte Jugendliche in das gesellschaftliche Leben zu integrieren, ist für sie eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Politische Bildung ist für die Jugendlichen als Mittel der gesellschaftlichen Integration und Partizipation elementar. Sie lernen hier ihre Rechte

und Interessen sowie die politischen Vorgänge kennen und werden zum handelnden Subjekt.

Im Bereich „Bildungsbenachteiligte Jugendliche“ und „Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf“ veranstalteten im Jahr 2017 15 Mitgliedseinrichtungen Seminare. Die Schwerpunkte waren dabei unterschiedlich gesetzt: Sie reichen von Fortbildungen für Multiplikator/-innen („Jugend-Arbeit-Zukunft: Neue Wege der politischen Jugendbildung“, Nell-Breuning Haus) über Orientierungstage für Schulabsolventen („Zukunftsträume vs. Arbeitsmarktrealität“, Jugendbildungsstätte Marstall Clemenswerth) zur Auseinandersetzung mit Faktoren einer sich wandelnden Arbeitsgesellschaft („Vom Wirtschaftswunder zum Strukturwandel und darüber hinaus. Nichts ändert sich so wie das Ruhrgebiet“, Katholische Akademie Wolfsburg). Die größte Anzahl der Seminare widmet sich jedoch jungen Menschen am Ende ihrer Schullaufbahn oder Berufsausbildung.

Mit der Einrichtung einer Poolstelle für Bildungsarbeit im Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf hat die AKSB ihre Bildungsarbeit für diese Zielgruppe bewusst verstärken wollen: Elisabeth Meitingner, Inhaberin dieser Poolstelle, ist Ansprechpartnerin für die Bildungsarbeit mit dieser Zielgruppe in der AKSB und unterstützt die Mitglieder, die sich in diesem Bereich engagieren. Durch die Auswertung der Evaluationsberichte wird die Arbeit der Einrichtungen systematisiert und ein Überblick über Seminare und Konzepte zugänglich gemacht.

Ebenso hat die Poolstelle gemeinsam mit der Fachgruppe II die Fachtagung „Politische Bildung in der Jugendsozialarbeit“ organisatorisch und inhaltlich betreut, die am 2. und 3. November 2017 in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) im Haus am Maiberg stattgefunden hat. Neben Vorträgen von Prof. Stark (FH Linz) und Prof. Thimmel (TH Köln) zur Partizipation und einer Abgrenzung von Politischer Bildung und Jugendsozialarbeit lag der Fokus auf dem Kennenlernen und dem Austausch beider Professionen. Gemeinsam wurden Missverständnisse in der gegen-

Bildungserne Jugendliche

Statement von Elisabeth Meitingner, Bonifatiushaus Fulda, Poolstelle „Bildungserne Jugendliche im Übergang zwischen Schule und Beruf/Ausbildung“:

„Außerschulische Jugendbildung hat einen besonderen Zugang zu bildungsbenachteiligten Jugendlichen. Diese Chance können wir durch unsere Angebote nutzen und ihnen somit Orientierung und Sicherheit im Schritt von der Schule in eine Ausbildung geben.“



seitigen Wahrnehmung erörtert und geklärt sowie Ansätze für eine weitere gemeinsame bundesweite Netzwerk- und Projektarbeit entwickelt. Der gemeinsame Dialog soll fortgesetzt und intensiviert werden.

1.3 Didaktik in der AKSB

Die Poolstelle Didaktische Dokumentation (didado) hat innerhalb der AKSB die Aufgabe, den Mitarbeitenden in den AKSB-Mitgliedseinrichtungen Unterstützung hinsichtlich der didaktischen Aspekte ihrer Fragestellungen zu geben. Verantwortlich sind Dr. Theresa Beilschmidt, St. Jakobushaus Goslar, und Melanie Gehenzig, Haus Wasserburg

Vallendar. Zu ihren Aufgaben gehört die Sichtung und Bearbeitung erprobter Kursmaterialien für die Didaktische Dokumentation. Die Materialien werden gesichtet, strukturiert, aufbereitet und über die AKSB-Geschäftsstelle für alle Mitglieder abrufbar gemacht.

In diesem Jahr war ein Schwerpunkt die didaktisch-methodische Beratung der Fachgruppen zu ihren jeweiligen Schwerpunktthemen sowie die Beratung der AKSB-Mitgliedseinrichtungen zu Formaten und Methoden verschiedener Themen politischer Bildung und zu geeigneten Referentinnen und Referenten für Veranstaltungen.

>>> 2. AKSB-Strukturen

2.1 Fachgruppen und Fachkonferenzen

Im Rahmen der jährlichen „einfachen Mitwirkung“ in der Struktur der Bundesweiten Zusammenarbeit (BZA) werden Kooperationskonferenzen durchgeführt, zum einen im Bereich der Jugend-, zum anderen für den Bereich der Erwachsenenbildung, um die Jahresplanung und die Förderbedingungen zu besprechen. Seit Dezember 2015 tagt die „Kooperationskonferenz Jugendbildung“ gemeinsam mit der „Kooperationskonferenz Erwachsenenbildung“. Die gemeinsame Sitzung hat sich bewährt und wird auch in Zukunft in dieser Form fortgesetzt.

AKSB-Fachgruppen

Für den regelmäßigen inhaltlichen Austausch unter den pädagogisch Verantwortlichen dienen erneut die Fachgruppenkonferenzen, bei denen zentrale Themen mit bundesweiter und internationaler Perspektive diskutiert werden. Die Fachgruppen werden von Personen aus der Mitgliedschaft geleitet, die für diese Aufgabe vom Vorstand berufen werden (siehe Infrastrukturstellen). In 2017 fanden die Fachgruppenkonferenzen im Februar und im September statt. Für die Koordination der Fachgruppentagungen und der Infrastrukturstellen innerhalb der Bundesweiten Zusammenarbeit ist seit 2016 in der AKSB-Geschäftsstelle Markus Schuck zuständig.

Als Schwerpunkt für 2017-2018 hatte die **Fachgruppe I „Politik – Menschenrechte – Medien“** das Thema Europa gewählt. Bei der Februar-Sitzung stellte die damalige Europareferentin Judith Wind-Schreiber eine Einschätzung aus Brüsseler Perspektive vor und ging dabei tiefer auf die Vorschläge von Prof. Ulrike Guerot ein, deren Konzept einer europäischen Republik aktuell stark diskutiert wird. Auf der zweiten Fachgruppensitzung war Prof. Bernd Schlipphak von der Universität Münster zu Gast. Er verglich in seinem Vortrag „Blaming Brussels – Strategien von rechtspopulistischen Parteien in Europa“ die Muster von rechtspopulistischen Sündenbock-Strategien in Frankreich, Polen und Ungarn und nahm auch Bezug auf die AfD. In der Fachgruppe wurde diskutiert, wie solche kommunikativen Strategien aufgedeckt

werden können und inwiefern auch in der politischen Bildung „Emotionalisierung“ als Mittel positiv eingesetzt werden könnte. Zudem wurden in der Sitzung verschiedene Europa-Planspiele und deren Anbieter sowie „Legislativity – Das Spiel zur EU-Gesetzgebung“ vorgestellt. Das Fazit war positiv: Spielerische Ansätze wurden als überaus wertvoll angesehen, um Jugendlichen aber auch Erwachsenen die Komplexität Europas und europäischer Politik zu vermitteln.

Im Fokus der **Fachgruppe II „Arbeit – Bildung – Soziales“** stand auch in diesem Jahr das Thema „Politische Bildung mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen“. Ein Ergebnis der intensiven Auseinandersetzung innerhalb der Fachgruppe war die im November durchgeführte Fachtagung im Haus am Maiberg in Kooperation mit der BAG KJS zur politischen Bildung in der Jugendsozialarbeit sowie ein für März 2018 geplantes Dossier zur politischen Bildung mit der Zielgruppe. Des Weiteren beschäftigte sich die Fachgruppe bei den beiden Fachgruppenkonferenzen mit den Themen „Postwachstumsökonomie und Arbeit 4.0“, in Anknüpfung an die Auseinandersetzung mit der Sozialenzyklika „Laudato Si“, die in den vergangenen Jahren den Schwerpunkt bildete. Da das Thema „Arbeit 4.0 und Industrie 4.0“ unsere Gesellschaft vor weitreichende Herausforderungen stellt, wird sich die Fachgruppe auch im nächsten Jahr weiter mit der Digitalisierung der Arbeitswelt und den damit verbundenen gesellschaftlichen Konsequenzen beschäftigen.

Die **Fachgruppe III „Gesellschaft im Wandel: Trends – Themen – Tools“** setzt sich in diesem Jahr mit dem Thema „Zivilgesellschaft und Partizipation“ auseinander. Auf der ersten Fachkonferenz im Februar referierte Sebastian Bödeker vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zum Thema „Die soziale Frage: Ungleichheit und politische Partizipation. Ausschlussmechanismen und Lösungsansätze“. Im Anschluss daran wurde diskutiert, welche Schlussfolgerungen sich für die politische Bildung ziehen lassen. Die zweite Sitzung war der Frage gewidmet, mit welchen Methoden Seminarteilnehmende zur Partizipation motiviert werden können. Verschiedene Methoden wurden daraufhin

Zukünftige Schwerpunktthemen der Fachgruppen sind: „Europa“, „Arbeit und Industrie 4.0“ sowie „Zivilgesellschaft und Partizipation“.



Projekt Spelling Migration im Projekt Kulturbotschaft (Förderprogramm „Kultur macht stark“): Aufnahme für ein Musikvideo.

geprüft, welches Aktivierungspotenzial sie haben. Je mehr Erfolgserlebnisse die Teilnehmer/-innen während eines Seminars haben, desto eher werden sie sich auch außerhalb des Seminarkontextes gesellschaftlich engagieren – so die Überlegung. Die Ergebnisse werden im Rahmen der Didaktischen Dokumentation in einem Reader zusammengefasst und allen AKSB-Mitglieder zur Verfügung gestellt. Außerdem berichtete die Fachgruppe über ihre Arbeit im zweiten AKSB-Info Heft. Für die nächste Fachgruppensitzung ist das Thema „Digitale Partizipation in der politischen Bildung“ geplant.

Die Zusammenarbeit in allen Fachgruppen läuft auf der fachlichen, sachlichen und persönlichen Ebene sehr gut. Im Frühjahr und im September tagten die Konferenzen aller drei Fachgruppen zeitlich und räumlich parallel.

AKSB-Infrastrukturstellen

Zur Unterstützung der bundesweiten Infrastruktur hat die AKSB Infrastrukturstellen eingerichtet. Derzeit gibt es die Leitungen der Fachgruppen und Poolstellen für die didaktische Dokumentation sowie für bildungsferne Zielgruppen. Auf drei eintägigen und einem zweitägigen Treffen widmeten sich die Infrastrukturstellen, die alle bei Mitgliedereinrichtungen tätig sind, aktuellen Themen und Entwicklungen. Die Zusammenarbeit der Infrastrukturstellen koordiniert in der AKSB-Geschäftsstelle seit 2016 Markus Schuck.

AKSB-Fachkonferenzen

In verschiedenen Fachkonferenzen konnten sich die AKSB-Mitglieder und Partner in 2017 über bestimmte Zielgruppen, Themen oder Arbeitskonzepte austauschen:

Die Fachtagung „**Entwicklungspolitische Bildungsarbeit in der AKSB**“ widmete sich dem Thema „Qualitätsmanagement“ und bot die Möglichkeit, das Thema Qualitätsmanagement in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit auf unterschiedlichen Ebenen zu diskutieren und daraus Anregungen für die konkrete Bildungsarbeit zu generieren. Dabei wurden Informationen über die Wirkungsorientierung in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit und Hilfestellungen zur Antragsstellung im Förderprogramm entwicklungspoli-

tische Bildung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gegeben.

Die **Fachkonferenz „Interreligiöse / interkulturelle Bildung“** wird jährlich in Kooperation mit dem Leiterkreis der Katholischen Akademien und der KEB Deutschland e.V. durchgeführt. In 2017 stand die Fragestellung „Fremd in der demokratischen Bürgergesellschaft?“ im Mittelpunkt der Konferenz, verbunden mit der Frage nach adäquaten Bildungsansätzen und nach Zukunftsperspektiven für Geflüchtete. Beteiligt als Fachkräfte waren Dr. Armin von Ungern-Sternberg, Leiter des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten in der Stadt Frankfurt, Andreas Groß vom Institut der TH Köln sowie Vertreter lokaler Praxisbeispiele, so z.B. vom Christlichen Bildungswerk „Die Hegge“ in Bad Wilbadessen, vom Ludwig-Windthorst-Haus (LWH) in Lingen, von Kifas gGmbH in Waldmünchen und von der Katholischen Akademie Rottenburg-Stuttgart. Als Fazit der Tagung kann festgehalten werden: Neben der inhaltlichen Weiterentwicklung komme es auch darauf an, adäquate Förderlinien zu erschließen. Die Prämisse „Es begegnen sich nicht Kulturen, sondern Menschen“ werde die politische Bildungsarbeit der beteiligten Institutionen weiterhin prägen.

In 2017 setzte die AKSB die **Kooperation mit der Bundeswehr im Bereich der politischen Bildung und die Kooperation mit der Katholischen Militärseelsorge und der Polizeiseelsorge im Bereich der ethischen Bildung** fort. Für die AKSB ist Gunter Geiger, Direktor des Bonifatiushauses in Fulda, Beauftragter für die Kooperation mit der Bundeswehr und Militärseelsorge. Er vertritt die AKSB auch im Beirat des Zentrums für ethische Bildung in den Streitkräften (zebis). Sein Stellvertreter ist Hans Nakath von der Akademie Klausenhof.

Die entsprechende Fachkonferenz fand in diesem Jahr am 5. September 2017 im Bonifatiushaus Fulda statt. Neben dem fachlichen Austausch stand der Vortrag von Karl Wirtz „Clash of cultures und die Folgen? – Afrika, Europa und die Spiralen der Gewalt“ im Mittelpunkt der Konferenz, der aktuell die Flüchtlings- und Krisensituation in Afrika betrachtete und die Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland dar-

stellte. Die nächste Konferenz findet am 6. September 2018 statt.

Verwaltungsfachtagung

Zentraler Baustein für eine fachliche Qualifizierung der Mitarbeitenden im Verwaltungsbereich war neben der Teilnahme an Kooperationskonferenzen auch die Teilnahme an einer dreitägigen Verwaltungsfachtagung, die 40 Teilnehmenden aus den Mitgliedseinrichtungen in Kooperation mit der Akademie Klausenhof vom 21. bis zum 23. Juni 2017 in Hamminkeln-Dingden einen erneuten Fachaustausch und den Austausch über Förderprogramme ermöglichte. Dabei wurde besonders intensiv in dem Workshop „Arbeit 4.0“ über die Digitalisierung und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Zukunft diskutiert. Der AKSB-Vorstand wird bei dieser Tagung in Zukunft verstärkt Präsenz zeigen, um näher „am Puls“ der Verwaltungsmitarbeitenden in den AKSB-Einrichtungen zu sein. Daher wird Martina Weishaupt in Zukunft – analog zur Regelung bei den Fachgruppen – die Verwaltungsfachtagung für den Vorstand begleiten. Die kommende Verwaltungsfachtagung findet vom 6. bis zum 8. Juni 2018 im Tagungshaus Weingarten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart statt.

2.2 Projekte

Neben der Regelarbeit, die zumeist in Seminaren der politischen Bildung über eine Regelförderung sichtbar wird, greift die AKSB mit ihren Mitgliedern immer wieder Projektansätze auf, setzt Schwerpunkte bei aktuellen Themen, Zielgruppen und Methoden und sucht dafür entsprechende Partner oder Mittelgeber.

Neues Projekt „Empowered by Democracy“

„Empowered by Democracy“ ist ein Projekt des Bundesausschuss Politische Bildung (bap e.V.) und wird aus den Mitteln des Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ gefördert. In seinem Mittelpunkt steht die Fragestellung: „Wie wollen wir in dieser Gesellschaft zusammenleben?“ Das im März 2017 gestartete Projekt (Laufzeit 2017 – Ende 2019) lädt junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund ein, sich in Seminaren, Fachtagungen und Workshops mit dieser Frage und dem Zusammenleben in der Demokratie auseinanderzusetzen. Es fördert den Austausch unter Fachkräften, die Entwicklung einer diversitätsbewussten Praxis und neue Partnerschaften der politischen Jugendbildung. Darüber hinaus sollen junge Geflüchtete ermutigt und befähigt werden, Multiplikatoren/-innen zu werden und selbst gewählte Formate und Projekte der politischen Bildung für andere Jugendliche anzubieten. Umgesetzt wird das Projekt neben der AKSB noch von drei weiteren Trägern: dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), dem Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL) und der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et).

Die Stelle des Projektreferenten bei der AKSB wurde am 1. Juli 2017 mit David Brixius besetzt. Insgesamt beteiligen

sich 2017 neun Mitgliedseinrichtungen der AKSB an dem Projekt, die bis Jahresende 14 Maßnahmen mit ca. 410 Teilnehmenden durchführen. Für 2018 wurde bereits ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt, was einen deutlichen Mehrbedarf der Einrichtungen zeigte. Weitere Informationen finden sich auf der Projekthomepage: www.empowered-by-democracy.de

Modellprojekt „Politische Partizipation als Ziel der politischen Bildung“

Seit Juli 2016 läuft das Modellprojekt „Politische Partizipation als Ziel der politischen Bildung“, das von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert und im Haus am Maiberg koordiniert wird. Durch die Kooperation von Schulen mit außerschulischen Bildungseinrichtungen werden Schüler/-innen bei der Planung, Durchführung und Reflexion politischer Aktionen pädagogisch angeleitet und begleitet. Dabei geht es vor allem um die Frage, durch welche Themen, Formate, Methoden und Zielsetzungen politische Beteiligung von Schüler/-innen nicht nur theoretisch beleuchtet, sondern auch praktisch erfahrbar gemacht werden kann. Im Schuljahr 2016/17 wurden acht Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen durchgeführt.

Mit Beginn des neuen Schuljahrs wurde das Sample der Teilnehmenden verjüngt und um Haupt-, Real- und berufliche Schulen erweitert: so werden nun voraussichtlich zwölf Schulen mit fünf außerschulischen Bildungsstätten zusammenarbeiten, darunter vier in der AKSB organisierte Einrichtungen.

Die entstandenen Aktionen – z.B. Interviews mit Geflüchteten, schulinterne Aktionstage oder selbstorganisierte interkulturelle Kochprojekte – bestätigen aktuelle sozialwissenschaftliche Erkenntnisse, nach denen Jugendliche durchaus politisch interessiert sind, dieses Interesse aber eher durch „unkonventionelle“ Engagementformen und Aktionen ausdrücken (vgl. FES-Jugendstudie 2015).

Projekt „Kulturbotschafter/-innen im Sozialraum“

Einen guten fachlichen Verlauf nimmt weiterhin das Projekt „Kulturbotschafterinnen und Kulturbotschafter im Sozialraum – Kultur und Medien im Alltag“, das seit dem 1. Mai 2013 läuft. Getragen wird das Projekt von AKSB, *familienbildung deutschland* und KEB Deutschland e.V. aus dem Förderprogramm „Kultur macht stark“ des Bundesbildungsministeriums. Im Berichtsjahr fanden dazu zwei zentrale Netzwerktreffen am 16. Februar 2017 und am 14. November 2017 im Haus am Dom in Frankfurt/M. statt, bei dem die Projektbeteiligten ihre Erfahrungen austauschen und Ergebnisse aus der Projektarbeit präsentieren konnten. Zielgruppe des Projektes sind benachteiligte Kinder- und Jugendliche im Alter von 3 bis 18 Jahren. Leider nimmt das Projekt nicht an der zweiten Phase von „Kultur macht stark“ teil, da die weitere Bewerbung von der eingesetzten Jury des BMBF nicht ausgewählt wurde. Damit endet das Projekt zum 31. Dezember 2017. Informa-

Mit dem Projekt „Empowered by Democracy“ sollen junge Geflüchtete für die Politische Bildung begeistert werden.



Gruppenfoto der Teilnehmenden der Verwaltungsfachtagung in der Akademie Klausenhof.

tionen über die Ergebnisse des Projekts finden sich unter www.kulturbotschaft-online.de.

Projekt „Kultur macht stark plus“

Seit dem 1. Januar 2017 läuft das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Förderprogramm „Kultur macht stark plus“ angesiedelte neue Projekt des Trägerkonsortiums von AKSB e.V., der Erwachsenenbildung Deutschland (KEB) und der *familienbildung deutschland*. Das Projekt „Kultur macht stark plus“ vermittelt Flüchtlingen im Alter von 18 bis 26 Jahren in bundesweiten Veranstaltungen mit Hilfe von Kunst und Medieneinsatz Medien- und Demokratiekompetenz und stärkt somit die Persönlichkeit durch Selbstwirksamkeitserfahrung. Die Ergebnisse werden unter Nutzung von Medien präsentiert und reflektiert. Mit Hilfe dieser Förderung können lokale Projektvorhaben unter Beteiligung von mindestens drei Bündnispartnern (lokale Bündnisse) mit Kultur- und Medienbezug für junge erwachsene Flüchtlinge im Alter von 18-26 Jahren, die sich in Übergangseinrichtungen bzw. noch nicht in Eingliederungsmaßnahmen befinden, gefördert werden.

2.3 Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung

Gemeinsam mit dem Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ e.V.), der KEB Deutschland e.V., der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) und der Europäischen Föderation für Katholische Erwachsenenbildung (FEECA) trägt der AKSB das Europabüro für katholische Jugendarbeit- und Erwachsenenbildung.

Die Arbeit des Europabüros stand in diesem Jahr ganz im Zeichen eines Personalumbruchs. Nach dem Wechsel der ehemaligen Leiterin Judith Wind-Schreiber ins Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) übernahm zum 1. September 2017 Florian Sanden die Leitung. Sanden ist Politikwissenschaftler und war vor dem Stellenantritt für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW e.V.) tätig.

Hauptaufgabe des Europabüros mit Sitz in Brüssel ist die Berichterstattung über aktuelle Entwicklungen in der eu-

ropäischen Jugend und Bildungspolitik gegenüber den Trägerverbänden. Dies geschieht schwerpunktmäßig im Rahmen von Fachtagungen, Konferenzen oder Mitgliederversammlungen. Neben direkten Informationen an die Interessenten veröffentlicht das Europabüro über seine Internetseite www.cath-youthadult.org aktuelle Informationen. Mindestens vier Mal im Jahr wird auch ein Europa-Newsletter veröffentlicht.

Das Europabüro versteht sich zudem als Dienstleister für die Trägerorganisationen. Zur Stärkung der europapolitischen Partizipation der Verbände organisierte das Europabüro gemeinsam mit der Kommission der Europäischen Bischofskonferenzen (COMECE) Aufenthalte für Verbandsvertreter in Brüssel. Diese Gespräche beinhalteten stets Zusammentreffen mit Entscheidungsträgern aus dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und des Rates der EU. Thematisch standen diese Aufenthalte im Zeichen des Legislativverfahrens zum Europäischen Solidaritätskorps (engl. ESC), das sowohl innerhalb der Verbände und auf politischer Ebene große Aufmerksamkeit erfährt. Weitere wichtige Themen waren die Zukunft des Erasmus+ Programms, die Weiterführung der Agenda für neue Kompetenzen und die Erneuerung der EU-Jugendstrategie.

2.4 Geschäftsstelle

Der Geschäftsstelle kommt eine Schlüsselstellung im System der bundesweiten Zusammenarbeit der AKSB zu. Gemäß Satzungsauftrag unterstützt sie die Mitglieder im Bereich der politischen Bildung durch Außenvertretung, inhaltliche Weiterentwicklung der politischen Bildung sowie Beratung bei der Antragstellung, Beschaffung und Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel (Zentralstellenfunktion). Maßgeblich geprägt war die Arbeit der Geschäftsstelle in 2017 durch die Übergabe der Geschäftsführung am 31. März 2017 von Lothar Harles an Dr. Karl Weber. Zum 1. April 2017 berief ihn der Vorstand der AKSB zum besonderen Vertreter des Vereins nach § 30 BGB. Gemäß der Absprachen mit dem Vorstand der AKSB nimmt Lothar Harles in ausgewählten Bereichen noch einige Mandate weiter und stand der AKSB im Berichtsjahr als Berater zur Verfügung.

Die zahlreichen Planungs- und Arbeitstagen sowie Fachkonferenzen zur inhaltlichen Weiterentwicklung der AKSB wurden von der Geschäftsstelle inhaltlich und organisatorisch vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet. Damit wirkt sie als Motor für Entwicklungen und ermöglicht die Verwirklichung von Anliegen der Mitglieder und Aufträgen des Vorstands.

Die alltägliche Arbeit der Zentralstelle lag erneut vor allem in der Beratung und Unterstützung der Mitgliedseinrichtungen bei der optimalen Verwendung der zur Verfügung stehenden Fördermittel. Unverändert erfordern in zahlreichen Förderprogrammen die Förderbedingungen und Richtlinien durch die Zuwendungsgeber eine hohe Sachkenntnis. Die Auflagen nehmen ebenfalls zu. Die Zentralstelle setzt die Vorgaben vor allem durch Änderungen in den Verfahren der Geschäftsstelle um, damit die Mitglieder vor Ort möglichst gering belastet werden. Auch nimmt sie – wenn notwendig – den Dialog zum Zuwendungsgeber auf, um neue Belastungen im Verwaltungsverfahren von den Mitgliedern abzuwenden.

Zum 1. Januar 2017 traten die Richtlinien zum Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) in Kraft und mussten von der AKSB-Geschäftsstelle in den Planungsabläufen umgesetzt werden. Zudem erhalten die Mitglieder zweckdienliche Informationen für ihre Arbeit über den elektronischen Newsletter AKSB-intern, den alle Mitarbeitenden der Mitgliedseinrichtungen erhalten. Im Sinne ihrer Dienstleistungsfunktion verfügt die Geschäftsstelle mit der Plattform „FORMIDABEL“ über alle Informationen zu Ausschreibungen, Merkblättern, Richtlinien und Formularen. Sie aktualisiert und bietet ein Online-System „KuBa“ an, mit dem Anträge und Nachweise online gestellt werden können.

Im personellen Bereich haben sich in der AKSB-Geschäftsstelle einige Änderungen ergeben: Zu nennen sind hier das Ausscheiden von Doris Jonas als Sachbearbeitung BMZ/FEB (Förderprogramm Entwicklungspolitische Bildung) zum 15. Juli 2017 und Laura Prinz als studentischer Hilfskraft zum 30. September 2019, die bei der Sachbearbeitung politische Bildung mitgewirkt hat. Neue Mitarbeiterin ist Cornelia Ockenfels, die seit dem 1. Januar 2017 die Sachbearbeitung im neuen Projekt „Kultur macht stark plus“ im gleichlautenden Förderprogramm des Bundesministerium

für Bildung und Forschung (BMBF) angetreten hat. Mit dem Ausscheiden von Doris Jonas hat sie zudem deren Sachbearbeitung BMZ/FEB übernommen. Seit dem 1. Juli 2017 hat David Brixius als Referent für das Projekt „Empowered by Democracy“ seine Tätigkeit in der AKSB-Geschäftsstelle angetreten. Für 2018 steht die Besetzung des Bildungsreferats an.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, für die sich Markus Schuck verantwortlich zeigt, dient als zentrale Serviceleistung der Geschäftsstelle zum einen der Information der Mitglieder und der Kommunikation innerhalb der Arbeitsgemeinschaft, zum anderen der Schärfung des Profils gegenüber den Kooperationspartnern und in der Fachöffentlichkeit. Erneut haben die unterschiedlichen Publikationen (AKSB-Info, AKSB-InfoMail) hierzu einen Beitrag geleistet. Online wird die AKSB mit den Angeboten auf der Webseite unter www.aksb.de, www.wir-bewegen-schule.de und www.kulturbotschaft-online.de präsentiert.

Um den Internetauftritt der AKSB zu verbessern, ist in 2017 der Relaunch der AKSB-Website begonnen worden. Erste Ergebnisse werden bei der Mitgliederversammlung im November 2017 präsentiert. Facebook bleibt weiterhin eine wichtige Werbepattform für die AKSB, mit der das Interesse an der Bildungsarbeit der AKSB gesteigert werden kann: <http://www.facebook.com/AKSBeV>. Unmittelbar beteiligt ist die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei der Vorbereitung der Medienpädagogischen Trendtagung und der Reihe „Digital 2020“.

Die Aufgaben der Außenvertretung werden – soweit nicht der Vorstand selbst für die AKSB aktiv wird – von der Geschäftsstelle vor allem durch die Geschäftsführung wahrgenommen. Die Liste der verschiedenen Einrichtungen und Behörden, mit denen die AKSB in Kontakt steht, ist als Anlage beigefügt. Die AKSB steht mit zahlreichen Fachstellen in Kontakt und baut diese Kontakte im Sinne der Stärkung von Netzwerken kontinuierlich aus. Im Blick sind auch Parlament und Regierung mit ihrer Präsenz in Berlin und Bonn sowie über das Europabüro auch in Brüssel. Nicht zuletzt ist eine enge Abstimmung mit den Partnern von aktuellen und potenziellen Fördergebern wichtig.

AKSB-Geschäftsstelle und Europabüro: Kompetente Ansprechpartner für die AKSB-Mitgliedseinrichtungen.

Wichtige Aufgabe für die AKSB: Netzerkennung und Kooperationen.

>>> 3. Kooperationen und Netzwerke

Die AKSB ist davon überzeugt, dass große Teile ihrer Arbeit und der ihrer Mitgliedseinrichtungen nur über die Zusammenarbeit mit anderen Initiativen und Einrichtungen möglich sind. Sie sucht deshalb den Kontakt zu (neuen) Partnern und arbeitet in Netzwerken mit. Unter Punkt 4 sind viele dieser Partner aufgeführt. Hier einige Beispiele alter und neuer Konstellationen:

3.1 „Rio bewegt. Uns.“

Das Aktionsbündnis „Rio bewegt. Uns.“ ging mit einer feierlichen Abschlussveranstaltung am 15. November 2016 im Domforum Köln zu Ende. Die Kampagne, an der auch die AKSB beteiligt war, setzte sich dafür ein, dass es während der Fußballweltmeisterschaft in Rio de Janeiro auch außerhalb der Stadien Gewinner gibt. Die Werte Fairness, Nachhaltigkeit, Leistung, Hoffnung und Frieden verbinden die Menschen in Deutschland und Rio. Im Rahmen der Kampagne wurden soziale Projekte im Großraum Rio de Janeiro unterstützt. Mitte März 2017 erhielt das Bündnis den Fair Play Preis des Deutschen Sports. Die vom Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und vom Verband Deutscher Sportjournalisten (VDS) gestiftete Auszeichnung wurde dem Bündnis in Wiesbaden überreicht. „Rio bewegt. Uns.“, so die Jury, habe Solidarität mit Benachteiligten gezeigt und sei ihnen dabei stets auf Augenhöhe begegnet. Mit seinem Engagement habe das Bündnis faires Verhalten über alle Grenzen hinweg gezeigt. Weitere Informationen über die Kampagne finden sich unter: www.rio-bewegt-uns.de

3.2 Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge

In der zweiten Novemberhälfte 2016 startete der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. mit der AKSB-Mitgliedseinrichtung Akademie Bonifatiushaus Fulda eine gemeinsame Veranstaltungsreihe, die bis in den Oktober 2017 hinein unterschiedliche Aspekte des Themas „Krieg und Menschenrechte“ vertiefte. Die AKSB strebt mit dieser Veranstaltungsreihe eine langfristige Kooperation mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. an. Die Veranstaltungen in Kooperation mit dem Bonifatiushaus sollen hierzu einen ersten Schritt darstellen.

3.3 Bundesausschuss Politische Bildung (bap)

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) organisiert die bundesweit tätigen Träger der politischen Bildung, unterstützt die Zusammenarbeit untereinander und mit öffentlichen Partnern. Er vertritt die Interessen der Träger gegenüber Parlament und Politik. Rechtsträger ist seit 2015 der bap e.V., Erste Vorsitzende ist Barbara Menke (AuL). Der ehemalige AKSB-Geschäftsführer Lothar Harles gehört dem Vorstand als Beisitzer an. Benedikt Widmaier ist Sprecher der Arbeitsgruppe „Grundsatzfragen der Politischen Bildung“ und wirkt auch im Vorstand des bap mit.

Im März 2017 hat der bap das Projekt „Empowered by Democracy“ gestartet, das aus den Mitteln des Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ gefördert wird. Die AKSB beteiligt sich mit drei weiteren Trägern an der Umsetzung. (siehe ausführliche Beschreibung auf Seite 13)

Intensiv setzte sich der bap im Berichtsjahr mit dem 15. Kinder- und Jugendbericht und der Stellungnahme der Bundesregierung auseinander und gab hierzu eine Stellungnahme ab. In dieser zeigte er sich erfreut darüber, dass Bericht und Stellungnahme sich eingehend mit der Politischen Bildung befassen. Sie betrachten die Einschätzung der Situation der Politischen Bildung im Bericht sowie die Anregungen für die Debatte um Konzepte und die Impulse für die Praxis als einen wichtigen Beitrag zur Stärkung dieses Handlungsfeldes und zur Weiterentwicklung Politischer Bildung. Der bap unterstreicht dabei die Auffassung der Berichtskommission, dass eine Neugestaltung der politischen Jugendbildung und auch die Intensivierung der Kooperation mit Ganztagschulen nur zu bewältigen ist, wenn dafür die institutionellen Rahmenbedingungen und Ressourcen zur Verfügung gestellt würden. In diesem Zusammenhang weist er besonders auf die schwierige Situation hin, dass der Ansatz für die Förderung der Politischen Bildung im Kinder- und Jugendplan seit Jahren nur geringfügig erhöht, jedoch überwiegend von Jahr zu Jahr lediglich überrollt worden sei. Diese Entwicklung habe zu einer Einschränkung der Möglichkeiten der politischen Jugendbildung geführt. Eine Stärkung und Neugestaltung der politischen Jugendbildung sei deshalb zwingend auf eine Erhöhung der Mittel im Programm ‚Politische Bildung‘ des Kinder- und Jugendplans des Bundes angewiesen. Zusätzlich hat der bap eine ausführliche Expertise zum 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung zur Verfügung gestellt. Die Expertise analysiert den 15. Kinder- und Jugendbericht unter der Perspektive, welche Anregungen und Fragen sich daraus für die politische Jugendbildung ergeben. Am 14. und 15. Juni 2017 veranstaltete der Bundesausschuss Politische Bildung e.V. (bap) dazu im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin eine Fachtagung unter dem Motto „Jugend ermöglichen und Politische Bildung stärken“ zum 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung.

Erneut hatte der bap in 2017 den Preis Politische Bildung, diesmal zum Wettbewerbsmotto „Klartext für Demokratie“ ausgeschrieben. In einer Feierstunde wurden Ende Juni 2017 die Preisträger des „bap-Preises Politische Bildung 2017“ in der Landesvertretung Mecklenburg-Vorpommern beim Bund in Berlin ausgezeichnet. Die vier Gewinnerprojekte kamen aus Berlin, Görlitz, Freiburg und Bad Marienburg. Allen Projekten gemeinsam ist, dass sie sich in unterschiedlichsten Facetten, mit kreativen Methoden, neuen Technologien und viel jugendlicher Eigeninitiative dem diesjährigen Wettbewerbsmotto widmen. An der Preisverleihung nahm AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber teil.



3.4 GEMINI

Ein weiteres Aktionsfeld der AKSB ist die Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung (GEMINI) im bap. Ein Schwerpunkt in 2017 war die Teilnahme am 16. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) vom 28. bis 30. März 2017 in Düsseldorf mit einem Messestand und einem Fachforum zum Thema „Die digitale Gesellschaft gemeinsam gerecht gestalten. Jugendliche zwischen Konsum und Teilhabe“. Hier koordinierte Markus Schuck (AKSB) im Vorfeld des Jugendhilfetages die Gestaltung und Programm des Messestandes. Am Messestand konnte Matthias Blöcher vom Jugendbildungs- und Freizeitgestaltungsverein der KAB e.V. im Gespräch mit AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber das Seminarkonzept „Kontraste“ und das Projekt „Abenteuer Stadtteil“ zur Vermittlung von Medienkompetenz im Förderprogramm „kultur macht stark“ vorstellen. Im Fachforum diskutierten die Teilnehmenden mit Expertinnen und Experten über die aktuellen Herausforderungen durch die Digitalisierung, über neues Lernen mit digitalen Medien und über Impulse für eine jugendgerechte Netzpolitik. Ausgangspunkt der Diskussion war eine Umfrage, die GEMINI unter den Besuchern des Kinder- und Jugendhilfetags zur Nutzung von Medien und zu den Einstellungen bezüglich der digitalen Gesellschaft am Messestand durchgeführt hatte. Zentrale These des GEMINI-Fachforums war: Die Politische Jugendbildung muss jungen Menschen die Option eröffnen, ihre digitale Umwelt aktiv mitzugestalten und nicht nur zu nutzen.

Intensiv beschäftigte sich GEMINI mit dem Förderprogramm „Demokratie leben“. Sie begleitet beratend das neue Projekt des bap „Empowered by Democracy“ (Seite 13).

3.5 Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)

Mit der Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj) besteht seit jeher eine besondere Arbeitsbeziehung, die in einer schriftlichen Kooperationsvereinbarung niedergelegt ist. So erhält die afj Fördermittel aus dem Programm „Politische Bildung“, für die die AKSB die fachpolitische Vertretung übernommen hat, über den Ju-

gendhaus Düsseldorf e.V., und arbeitet u.a. im Trägerkreis des Europabüros und im Deutsch-Polnischen Jugendaustausch sowie im Rahmen der IST-Stellenkonferenzen und der AKSB-Fachgruppensitzungen mit der AKSB zusammen.

3.6 KEB Deutschland e.V.

Die AKSB arbeitet eng mit der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland – Bundesarbeitsgemeinschaft e.V. (KEB Deutschland) zusammen. Die diesjährige Mitgliederversammlung der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland (KEB) fand vom 19. bis 20. Juni im Roncalli-Haus in Magdeburg statt. Für die AKSB nahmen AKSB-Vorsitzender Dr. Michael Reitemeyer und AKSB-Geschäftsführer Dr. Karl Weber teil. Schwerpunktthema der Versammlung war „Alphabetisierung und Grundbildung“. Auch eine Nachwahl zum Vorstand stand an: Rüdiger Paus-Burkard, Direktor der Akademie Klausenhof und Mitglied im AKSB-Vorstand, wurde neu in den Vorstand der KEB Deutschland als Stellvertretender Vorsitzender gewählt. Er folgt damit Dr. Michael Reitemeyer, Direktor des Ludwig-Windthorst-Hauses in Lingen und amtierender AKSB-Vorsitzender, der berufsbedingt sein Vorstandsamt bei der KEB aufgegeben hatte. Über die Position des Stellvertretenden Vorsitzenden der KEB ist die AKSB unmittelbar an den Diskussionen um die Neuausrichtung der KEB Deutschland bis 2020 beteiligt.

Neben den bereits auf den Weg gebrachten Kooperationen im Bereich Förderprogramm bpb und dem Projekt Lebenskundlicher Unterricht (LKU) unterhalten AKSB und KEB gemeinsam mit anderen Trägern das Europabüro für katholische Jugendarbeit und Erwachsenenbildung in Brüssel (siehe Seite 14). Weitere Felder der intensiven Zusammenarbeit ergeben sich bei der Antragsstellung und der Durchführung des gemeinsamen Projekts „Kulturbotschaft“ im Förderprogramm „kultur macht stark“ des BMBF sowie in der Durchführung der Fachtagung Interreligiöse/Interkulturelle Bildung. Die AKSB wirkt mit ihrem Referenten für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in der Medienkommission der KEB mit.

Preisträger des „bap-Preises Politische Bildung 2017“ und ihre Laudatoren.

>>> 4. Anlagen

4.1 Kooperation und Interessenvertretung der AKSB

Politische Bildung allgemein

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) (M)
 Europäische Vereinigung für Erwachsenenbildung (EAEA) (M)
 Gemeinsame Initiative der Träger politischer Jugendbildung in der Bundesrepublik Deutschland (GEMINI) (M)
 IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V. (M)
 Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Staatliche, zwischenstaatliche Stellen und Zivilgesellschaft

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
 Bundesministerium des Innern (BMI)
 Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF)
 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
 Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
 ConAct – deutsch-israelisches Koordinierungsbüro
 Deutsch-Französisches Jugendwerk (DFJW)
 Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW)
 Deutsch-Türkische Jugendbrücke; Engagement global
 JUGEND in Aktion – Deutsche Agentur
 LPR Hessen - Hessische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien
 Netzwerk politische Bildung in der Bundeswehr
 Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (NA beim BIBB)
 Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch gGmbH (DRJA)
 Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ)
 Tandem – Fachstelle für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch

Kirchliche Stellen, Einrichtungen und Zusammenschlüsse

Arbeitskreis Katholischer Schulen (AKS) in freier Trägerschaft
 Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz (afj)
 Bereich Pastoral, Glaube und Bildung, Kirche und Gesellschaft sowie Migration und Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz
 Berliner Institut für Christliche Ethik und Politik (ICEP)
 Bischöfliche Aktion Adveniat
 Clearingstelle Medienkompetenz der Deutschen Bischofskonferenz (DBK)
 Deutsche Kommission Justitia et Pax
 Forum Hochschule und Kirche (FHOK) (M)
 Jugendhaus Düsseldorf e.V.
 Ständige Konferenz für berufliche Bildung bei der KEB (M)
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Einrichtungen der Familienbildung
 Katholische Erwachsenenbildung Deutschland Bundesarbeitsgemeinschaft e.V. (KEB Deutschland e.V.) (M)
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Freiwilligendienste (M)
 Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Jugendsozialarbeit (KJS)
 Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
 Kommissariat der Deutschen Bischöfe / Katholisches Büro, Berlin
 Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE)
 Leiterkreis der katholischen Akademien (Gast)
 Maximilian-Kolbe-Werk
 Missio; Misereor; Renovabis; Bonifatiuswerk; Caritas Internationalis
 Rete Juventutis – Katholische Jugend in Europa
 Trägerkreis katholische Träger der Jugendhilfe (M)
 Zentralkomitee der Deutschen Katholiken (ZdK)

Persönliche Mitgliedschaften in bundeszentralen Gremien der Jugendhilfe und Erwachsenenbildung durch Wahl oder Berufung

AG-Richtlinien DPJW (Lothar Harles)

bap-AG „Grundsatzfragen der politischen Bildung“ (Benedikt Widmaier);

bap-AG-„Förderung Politischer Bildung durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)“ (N.N.);

bap-AG „Förderung Politischer Bildung durch das BMZ / Engagement Global“ (bis zum 15. Juli 2017 Doris Jonas, ab 1. August 2017 Dr. Karl Weber)

Beirat Non-Formale Bildung beim Wochenschau Verlag (Lothar Harles)

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) (Geschäftsführer: Weiteres Vorstandsmitglied; kooptiert: Benedikt Widmaier)

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) – Runder Tisch (Geschäftsführer)

Deutsch-Tschechischer Jugendrat (Alois Nock)

GEMINI (bis November 2017 Lothar Harles, Sprecher; seit November 2017 Dr. Karl Weber, Koordinator)

IJAB (Lothar Harles)

Katholische Erwachsenenbildung Deutschland – Bundesarbeitsgemeinschaft e.V. (KEB Deutschland e.V.)

(Stv. Vorsitz bis 19.06.2017 Dr. Michael Reitemeyer, ab dem 19. 06.2017 Rüdiger Paus-Burkard); Kommission

Medien der Katholischen Erwachsenenbildung Deutschland – Bundesarbeitsgemeinschaft e.V. (KEB Deutschland e.V.) (Markus Schuck, AKSB-Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)

Programmspezifische Arbeitsgruppe KJP-Programm Internationale Jugendarbeit (Lothar Harles)

Handlungsspezifische Arbeitsgruppe – Kinder- und Jugendarbeit (Karl Weber über GEMINI)

zebis – Zentrum für ethische Bildung in den Streitkräften – Beirat (Gunter Geiger)

Programmbeirat Erasmus+ „Jugend“ (bis 30.03.2017 Judith Wind-Schreiber)

(M = Mitgliedschaft)

4.2 Zuwendungen für katholisch-sozial orientierte politische Bildung 2016/2017

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP):

Fördermittel des Kinder- und Jugendplanes des Bundes (KJP): Handlungsfeld Kinder- und Jugendarbeit – Schwerpunkte Politische Jugendbildung und Internationale Jugendarbeit

Förderprogramm „Demokratie leben“ über den bap e.V.

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Programme „Kultur macht stark“ und „Kultur macht stark plus“

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Förderprogramm entwicklungspolitische Bildung – FEB über Servicestelle Engagement Global

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung

ConAct: KJP Internationale Jugendarbeit: deutsch-israelischer Jugendaustausch

Deutsch-Französisches Jugendwerk: Deutsch-französische Begegnungen und trilaterale Veranstaltungen

Deutsch-Polnisches Jugendwerk (DPJW): Deutsch-polnische Begegnungen im Jugend- und Schüleraustausch; Fachkräftemaßnahmen

Jugend für Europa: Begegnungen mit EU-Staaten und gleichgestellten europäischen Ländern, Begegnungen mit Dritt-Staaten; Aus- und Fortbildung (in der Regel Direktförderung)

Renovabis: Veranstaltungen und Projekte mit MOE-Staaten (in der Regel Direktförderung); Go east

Stiftung deutsch-russischer Jugendaustausch gGmbH (DRJA): KJP Internationale Jugendarbeit: deutsch-russischer Jugendaustausch

Tandem: KJP Internationale Jugendarbeit: deutsch-tschechischer Jugendaustausch

Internationales Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund (IBB) – Fördermittel für nichtschulische Gedenkstättenfahrten

Impressum

Hrsg.: AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V., (AKSB-Info Sondernummer 1/2017) Bonn, 16. November 2017
© 2017 AKSB – Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 53123 Bonn, Heilsbachstr. 6

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Kinder- und Jugendplanes des Bundes durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Auflage: 1 200

ISSN 0937-8383

Verantwortlich: Dr. Karl Weber
Redaktion: Markus Schuck

Unter der Mitarbeit von: Dr. Theresa Beilschmidt, David Brixius, Dr. Andrea Buschmeier, Melanie Gehenzig, Dr. Andrea Keller, Robert Kläser, Nadine Krumscheid, Alexander Mack, Martin Stammler, Elisabeth Meitinger, Hildegard Pieper, Andrea Rein, Florian Sanden, Kai Stenuil, Marion Schue, Wilfried Wienen.

Gesamtherstellung: DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Bildnachweis: Titelbilder Reihe oben, gr., kl. o., Titelbilder Reihe mi.: gr., Titelbild unten li., S. 2, 3, 4, 8 o., 10, AKSB-Geschäftsstelle; Titelbild Reihe oben, re. u. KEB Deutschland; Titelbild Reihe mi. kl. o. und u., Friedrun Erben, AdB/GEMINI; Titelbild Reihe unten mi., KSI; Titelbild Reihe unten re., Ralph Allgaier, misereor; S. 4, 14, Akademie Klausenhof; S. 12, Projekt Kulturbotschaft, „Spelling migration“, Drei Wünsche Frei - Studio für kulturelle Praxis; S. 17, bap e.V.

Termine

Termine der AKSB in 2017

27.-28.11.17	Jahrestagung der AKSB: „Theorie für die Praxis: Demokratie braucht Politische Bildung“	Katholische Akademie, Berlin
27.11.2017	AKSB-Festakademie: „Demokratie fällt nicht vom Himmel? Gebrauchsanweisungen für Politische Bildung im Zeitalter der Globalisierung“	Katholische Akademie, Berlin
28.-29.11.17	Mitgliederversammlung der AKSB	Katholische Akademie, Berlin
11.-12.12.17	Fachtagung „Religion & Politische Bildung - Eine Herausforderung für die politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten“ – Veranstaltung im Rahmen des Projekts „Empowered by Democracy“	Haus am Maiberg in Heppenheim
12.12.2017	Kooperationskonferenz „Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“	Universitätsclub, Bonn

Termine der AKSB in 2018

11.-12.01.18	AKSB-Vorstandssitzung	Haus am Maiberg, Heppenheim
23.01.2018	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
05.-06.02.18	Fachgruppe I - Politik, Menschenrechte, Medien	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
05.-06.02.18	Fachgruppe II - Arbeit, Bildung, Soziales	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
05.-06.02.18	Fachgruppe III - Gesellschaft im Wandel - Trends	Caritas Pirkheimer Haus, Nürnberg
21.-22.03.18	Infrastrukturstellenkonferenz	Heinrich Pesch Haus, Ludwigshafen
19.-20.04.18	AKSB-Vorstandssitzung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
09.-13.05.18	101. Deutscher Katholikentag „Suche Frieden“	Münster
23.-24.05.18	Fachtagung: Digital 2020: Wer hat uns im Griff? Freiheit und Selbstbestimmung vs. Algorithmen und künstliche Intelligenz	Bonifatiushaus Fulda
06.-08.06.18	Verwaltungsfachtagung	Tagungshaus Weingarten der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
20.06.2018	Fachtagung „Interreligiöse/interkulturelle Bildung“	Haus am Dom, Frankfurt
21.06.2018	Kooperationskonferenz „Politische Jugend- und Erwachsenenbildung“	Universitätsclub, Bonn
04.09.2018	Infrastrukturstellenkonferenz	Haus am Dom, Frankfurt
06.09.2018	Fachkonferenz „Politische Bildung - Zusammenarbeit mit Bundeswehr, katholische Militärseel- und Polizeiseelsorge“	Bonifatiushaus, Fulda
10.-11.09.18	Fachgruppe I - Politik, Menschenrechte, Medien	KSI, Siegburg
10.-11.09.18	Fachgruppe II - Arbeit, Bildung, Soziales	KSI, Siegburg
10.-11.09.18	Fachgruppe III - Gesellschaft im Wandel - Trends	KSI, Siegburg
19.-21.09.18	Deutsch-Polnische Partnerbörse	Leipzig
27.-28.09.18	Fachtagung „Angekommen in Deutschland? Non- und formale Bildung von Geflüchteten - Eine Bestandsaufnahme“ (Arbeitstitel) – Veranstaltung im Rahmen des Projekts „Empowered by Democracy“	Ludwig-Windthorst Haus in Lingen (Ems)
04.-05.10.18	AKSB-Vorstandssitzung	Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart
25.-26.11.18	AKSB-Vorstandssitzung	Bonifatiushaus, Fulda
26.-27.11.18	Jahrestagung der AKSB	Bonifatiushaus, Fulda
27.-28.11.18	Mitgliederversammlung der AKSB	Bonifatiushaus, Fulda

Termine der AKSB in 2019

12.-14.06.19	Verwaltungsfachtagung	Akademie Klausenhof, Hamminkeln
24.-25.11.19	AKSB-Vorstandssitzung	Kath. Akademie Stapelfeld
25.-26.11.19	Jahrestagung der AKSB	Kath. Akademie Stapelfeld
26.-27.11.19	Mitgliederversammlung der AKSB	Kath. Akademie Stapelfeld

AKSB-Inform 2017 – Ausgabe 1 bis 2

AKSB (Hrg.), Bonn 2017, 16 Seiten, kostenloser Bezug

Kostenloser Bezug von AKSB-Inform und AKSB-didado® speziell bei Andrea Rein, sekretariat-bp@aksb.de

Politische Bildung stärken – Demokratie fördern. Beiträge zur Geschichte und Aktualität von politischer Bildung.

Festschrift zum 65. Geburtstag von Lothar Harles; Michael Reitemeyer, Benedikt Widmaier, Karl Weber, Markus Schuck (Hg.)

Wochenschau Verlag Frankfurt/M./Ts. 2017, ISBN 978-3-7344-0590-7, 280 S., 32,90 Euro; E-Book ISBN 978-3-7344-0591-4 (PDF) 25,99 Euro.

gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend